

AUFGABEN UND PERSPEKTIVEN
DER ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG
NACH DER POLITISCHEN UMWÄLZUNG IN OSTEUROPA
UND IN DER DDR

Die politische Umwälzung in Osteuropa und in der DDR stellt die Zeitgeschichtsforschung vor eine neue Situation. Nun werden in großem Umfang neue Quellen zugänglich, die auf vielen Forschungsgebieten die Chance eröffnen, zu wesentlichen Fortschritten bei der Darstellung und der Interpretation der deutschen wie der allgemeinen Geschichte im 20. Jahrhundert zu gelangen. Archivbestände aus der Zeit bis 1945, die in der DDR bisher nur teilweise zugänglich waren, sowie Akten aus den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg, die entweder allen verschlossen blieben oder nur von den DDR-Historikern benutzt werden konnten, die dem herrschenden Parteilichkeitsgebot folgten, stehen erstmals einer internationalen Standards verpflichteten Forschung offen und bieten die Möglichkeit, sich den ungeklärten Fragen und Zusammenhängen oder strittigen Interpretationen der Zeitgeschichte intensiver zuzuwenden als in der Vergangenheit.

Gleiches gilt für die Archive in den Ländern Osteuropas, insbesondere der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei, deren Schicksal im 20. Jahrhundert von deutscher Politik wesentlich beeinflusst wurde und die für Deutschland immer von erheblicher Bedeutung waren. Der Zugang zu diesen Archivalien wird neue Erkenntnisse sowohl zur „älteren Zeitgeschichte“ vor dem Zweiten Weltkrieg wie für die „neuere Zeitgeschichte“ seitdem erbringen. Das gilt für die Politik- und Diplomatiegeschichte ebenso wie etwa für die Wirtschafts-, Gesellschafts- oder Parteiengeschichte.

Die Methode der vergleichenden Analyse kann jetzt in besonderer Weise fruchtbar gemacht werden. Das betrifft generell die Geschichte beider deutscher Staaten seit 1949, der Herrschaftsformen des Nationalsozialismus und des bürokratischen Befehlssozialismus ostdeutscher Provenienz oder die Mechanismen der Ost- bzw. Westbindung der deutschen Staaten. Es betrifft aber auch spezielle Vergleiche zum Beispiel der Sozialpolitik, des Rechtswesens, der Wirtschaftsordnungen oder der Bildungssysteme. Diese Art komparativer Forschung wird für *beide* dem Vergleich unterzogenen Komplexe oder Entwicklungen erhellende Resultate erbringen.

Welche Wege die Zeitgeschichtswissenschaft angesichts der Perspektiven, die sich nun eröffnen, einschlagen wird, ist erst in Umrissen erkennbar. Zweifellos wird die Erforschung der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone und der DDR jetzt auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden können. Die neuen Möglichkeiten erschöpfen sich aber nicht in der Analyse der SBZ/DDR, der zweiten Diktatur auf

deutschem Boden. Auch die Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik und das Dritte Reich wird durch den Zugang zu den Archiven der DDR, der Tschechoslowakei, Polens und der UdSSR neue Impulse bekommen. Nun wird es etwa möglich sein, auch die östlichen Gebiete des Deutschen Reichs in die regional- und lokalgeschichtliche Forschung einzubeziehen und die territoriale Ausdehnung Deutschlands auf Kosten der Tschechoslowakei und Polens sowie seine Herrschaftspraxis in diesen Gebieten mit neuen Quellen genauer und verlässlicher zu beschreiben. Insgesamt steht die Zeitgeschichtsforschung vor einer besonderen Herausforderung. Sie hat mit der Analyse des totalitären NS-Systems, der Besatzungspolitik und der deutschen Nachkriegsgesellschaften Erfahrungen sammeln können, deren methodische Validität sich nun auf neuen Forschungsfeldern und mit neuen Quellen erweisen kann.

Die Geschichtsschreibung der DDR war bis zum Oktober 1989 methodologisch und thematisch den Weisungen der SED unterworfen. Das wirkte sich auf die Forschungen zur Zeitgeschichte besonders nachteilig aus. Ihre Aufgabe war es, die Strategie und Taktik des deutschen wie des internationalen Kommunismus historiographisch zu rechtfertigen und damit die SED-Herrschaft zu legitimieren. So dominierten insbesondere zur Kommunismus- wie DDR-Geschichte, aber auch auf anderen Forschungsfeldern parteilich verzerrte Interpretationen. Differenziertere Sichtweisen konnten erst in den letzten Jahren gelegentlich veröffentlicht werden. Die wissenschaftliche Analyse der DDR-Geschichte blieb so vor allem eine Aufgabe der pluralistischen zeithistorischen DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie braucht den Leistungsvergleich mit den bisher großzügig geförderten Forschungsinstitutionen in der DDR nicht zu scheuen. Immerhin wurden im Laufe der Jahre zahlreiche Monographien zur Politik-, Kultur-, Wirtschafts-, Bildungs- oder Rechtsgeschichte vorgelegt, seit den sechziger Jahren auch verschiedene Überblicksdarstellungen. Insgesamt jedoch haben auch diese Arbeiten nur einen Teil der offenen Fragen an die DDR-Geschichte beantworten können. Dies lag neben den Quellenproblemen vor allem an ihrer zu geringen personellen wie materiellen Ausstattung. Trotz kontinuierlicher Förderung, speziell durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, die Volkswagen-Stiftung und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, hatten Projekte mit engem Aktualitätsbezug Vorrang.

Das Ende der SED-Kontrolle über die zeitgeschichtliche Forschung wird nicht nur bei jüngeren Historikern – wie sich bereits andeutet – zu selbstbestimmtem Erkenntnisinteresse führen; es fördert offenbar auch bei einigen der älteren, die bisher die parteiliche Geschichtsschreibung in der DDR geprägt haben, neue – noch widersprüchliche – Überlegungen. Beides kann dazu beitragen, die in der DDR vorhandene Sachkompetenz für die innerdeutsche Diskussion und eventuelle Kooperationen fruchtbar zu machen. Gemeinsame Forschungsvorhaben setzen allerdings voraus, daß sich die Zeithistoriker der ehemaligen Teilstaaten (gefördert etwa durch Austausch- und Qualifizierungsprogramme vor allem für jüngere DDR-Wissenschaftler) mit den Arbeitsbedingungen und -methoden ihrer potentiellen Partner

vertraut machen, die Archivbestände gesichert sowie nach einheitlichen Kriterien aufbereitet werden und ihre Nutzung durch eine internationalen Standards entsprechende technische Ausstattung erleichtert wird.

Unerläßliche Voraussetzung für die nun mögliche Intensivierung der Forschung ist freilich das Sichern und Sichten des Archivguts in der DDR. Hierzu ist die gemeinsame Anstrengung der Archivare und Wissenschaftler in den staatlichen und in sonstigen wissenschaftlichen Archiven, in Sammel- und Forschungsstellen des Bundes und aller deutschen Länder und Universitäten erforderlich.

Die staatlichen Archive der DDR unterstehen bisher noch einer zentralen Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium für Innere Angelegenheiten. Es ist sicher, daß die regionalen Staatsarchive im Zuge des Föderalisierungsprozesses in der DDR Ländersache werden. Die Direktoren der künftigen Landeshauptarchive bereiten sich – z. T. mit Unterstützung der Staatsarchive der Bundesländer – bereits jetzt auf die Errichtung staatlicher Archivverwaltungen vor. Es ist ferner mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß die Bestände zentraler preußischer Dienststellen und Behörden im Zentralen Staatsarchiv II in Merseburg mit denen des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem vereinigt werden. Mit Inkrafttreten der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist sodann davon auszugehen, daß das Zentrale Staatsarchiv I in Potsdam, das Militärarchiv der DDR und das Staatliche Filmarchiv der DDR mit dem Bundesarchiv zusammengefaßt werden.

Aus den Erfahrungen eines zentralen Archivwesens in der DDR kann auch das Archivwesen in der Bundesrepublik Deutschland lernen. Bei aller Bejahung eines föderalistischen Staatsaufbaus und des Subsidiaritätsprinzips in der Archivträgerschaft, denen das Archivwesen in der DDR derzeit insbesondere durch die Verselbständigung der bislang zentral geleiteten Staatsarchive in Landesarchive bzw. Landesarchivverwaltungen Rechnung trägt, darf nicht übersehen werden, daß die großen archivtechnischen Herausforderungen – insbesondere auf dem Gebiet der Konservierung und Restaurierung der in ihrem Bestand in ganz Deutschland gefährdeten Akten des 19. und 20. Jahrhunderts – sich in Mecklenburg und Baden-Württemberg ebensowenig unterscheiden wie im Bundesarchiv in Koblenz und im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam. Die zentralen technischen Einrichtungen in der DDR – zu nennen sind vor allem die Zentralstelle für Konservierung und Restaurierung sowie die Zentralstelle für Reprographie – dürfen daher nicht ersatzlos entfallen, müssen vielmehr in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern sachgerecht in Institute überführt werden, deren Forschungsergebnisse und Erfahrungen der ersten Aufgabe aller archivarisches Arbeit, nämlich der körperlichen Erhaltung des archivalischen Kulturerbes, so schnell und umfassend wie möglich zugute kommen. Nach dem Vorbild der Bibliothekare ist die Errichtung eines „Deutschen Archivinstitutes“ mit Nachdruck anzustreben.

Neben den erwähnten Föderalisierungs- und Dezentralisierungstendenzen haben die politischen Umwälzungen als gegenläufige Entwicklung gleichzeitig eine außerordentliche Aufgabenkonzentration auf zentrale archivische Dienststellen in der

DDR mit sich gebracht. Auf das Problem der Sicherung des Schrift- und sonstigen Dokumentationsgutes aufgelöster staatlicher Dienststellen wurde bereits hingewiesen. Es ist Gegenstand von u. a. auf Ministerratebene beschlossenen Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des staatlichen Archivwesens. Diese betreffen vor allem die Übernahme der Aktenmassen des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit und seiner Stellen auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene. Die dazu erforderlichen Schritte werden als zentral zu leitende Aufgabe der Staatlichen Archivverwaltung definiert. Die Übergabe des bislang allem Anschein nach entfremdeten Archivgutes des Staatsrates der DDR und des Ministerrats in das zuständige Zentrale Staatsarchiv ist im gleichen Zusammenhang zu erwähnen.

Besondere Bedeutung kommt auch der Sicherung des Schrift- und sonstigen Dokumentationsgutes der Parteien und Massenorganisationen der DDR – seien sie aufgelöst, umbenannt oder noch funktionstüchtig – im Hinblick auf die künftige zeitgeschichtliche Forschung zur Geschichte der DDR zu. Dabei bedarf es keiner Diskussion, daß die vom ehemaligen zentralen Parteiarchiv der SED sachfremd verwalteten staatlichen Akten verschiedener Provenienzen aus der Zeit vor und nach 1945 in die Zuständigkeit der Staatlichen Archivverwaltung übergehen müssen. Inwieweit diese Forderung auch auf das parteiamtliche Schriftgut der SED selbst in deren Funktion als ehemaliger Staatspartei auszudehnen ist, bedarf sicherlich noch der Prüfung. Jedenfalls ist es nicht vertretbar, daß die heutige PDS über die Zugänglichkeit solcher für Forschungen über alle Aspekte des alten Regimes unumgänglicher Archivalien allein entscheidet.

Für die Sicherung und Archivierung des Schriftguts der anderen Parteien und der Massenorganisationen der DDR sind freilich außerordentliche Schritte erforderlich, die möglichst umgehend getan werden müssen; denn dieses für die Forschung wertvolle Schriftgut wird zur Zeit nicht immer sachgerecht aufbewahrt und ist in manchen Fällen davon bedroht, in alle Winde zerstreut, verkauft oder gar vernichtet zu werden. Die unterzeichneten Institutionen schlagen deshalb die sofortige Bildung eines *Sonderstabes von Archivaren* vor, der bis zur Herbeiführung einer endgültigen Lösung die vorübergehende Sicherung dieses Schriftguts mit Nachdruck zu betreiben hätte. Die Finanzierung könnte vielleicht noch aus Mitteln des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen erfolgen. Da die sachgerechte Sicherung und Lagerung der Quellen nicht hinreichend gewährleistet ist, müßte der Sonderstab die Zwischenarchivierung des vagabundierenden und bedrohten Schrifttums vordringlich organisieren, wobei die Lösung der Lagerungsprobleme vorrangig ist.

Sowohl mit der Übernahme der Akten der ehemaligen Staatssicherheit und anderer nunmehr aufgelöster staatlicher Organe als auch mit der Sicherung des Schriftguts der Parteien und Massenorganisationen wird das politische Problem der „Vergangenheitsbewältigung“ berührt. Hier wird es zu einer allgemeinen gesetzlichen Regelung zur Sicherung und Benutzung der Unterlagen – nach dem Vorbild des Bundesarchivgesetzes vom 8. 1. 1988 – kommen müssen. Der Auftrag, ein solches Archivgesetz auch in der DDR vorzubereiten, ist bereits erteilt. Auf deutlich spürbare Bestrebungen, sowohl das Militärarchiv der Nationalen Volksarmee als auch

das Staatliche Filmarchiv – wie in der Bundesrepublik – in das zentrale staatliche Archivwesen zu integrieren, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls hinzuweisen.

Diese plötzliche Aufgabenvermehrung als Folge der politischen Wende stellt insbesondere die Dienststellen der Staatlichen Archivverwaltung und das Zentrale Staatsarchiv vor immense technische und organisatorische Probleme. Angesichts der derzeitigen Schwierigkeit, die genannten Quellen auf Dauer zu sichern, ist daher auch von der historischen Forschung ein hohes Maß an Takt und Verständnis für die schwierigen Aufgaben, denen sich die Archivare in der DDR gegenübersehen, zu fordern. Die Unterlagen der Staatssicherheit und der Massenorganisationen sind zunächst körperlich zu sichern, mit Erlöschen ihres aktuellen Beweiswertes archivarchisch nach überprüfbareren Methoden zu bewerten und erst dann auf rechtsstaatlicher, gesetzlicher Grundlage der Forschung zugänglich zu machen.

Die neuen Möglichkeiten der zeitgeschichtlichen Analyse, die sich durch den Niedergang des Sowjetsystems und den erweiterten Quellenzugang ergeben, können von der historischen Forschung nur genutzt werden, wenn sie eine großzügige finanzielle Förderung erfährt. Hierbei kann es nicht nur und nicht in erster Linie um materielle Hilfen für die Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen der DDR gehen. Gewiß weisen sie einen empfindlichen Mangel an internationalen Fachzeitschriften, Standardwerken und Spezialliteratur auf, oder es fehlen ihnen technische Hilfsmittel wie Fotokopier- und Lesegeräte oder Textverarbeitungssysteme. So sehr man – vielleicht durch die Schaffung eines entsprechenden Fonds – hier bemüht sein muß zu helfen, so sehr ist doch andererseits das Hauptgewicht der Förderung auf die Institutionen und die Wissenschaftler zu legen, die sich in der Bundesrepublik bisher schon mit Erfolg und hohem wissenschaftlichen Anspruch in der zeitgeschichtlichen Deutschland- und DDR-Forschung engagiert haben. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Zeithistorikern der beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten kann von großem Nutzen sein, nur muß sichergestellt sein, daß sie nicht jenen zugute kommt, die der SED-Diktatur den Anschein historischer Legitimität zu verschaffen suchten. Unter dieser Voraussetzung kann gerade die Verbindung von unterschiedlich geprägter Fachkompetenz, kritischer Distanz und biographisch bedingter Betroffenheit zu fruchtbringenden Kooperationsformen führen.

Die finanzielle Förderung durch die Stiftungen und die Einrichtungen des Bundes sollte sich unter diesen Prämissen vor allem auf die Erweiterung der Forschungskapazitäten in der Bundesrepublik, d. h. auf den Ausbau bestehender Einrichtungen und auf die Förderung neuer Projekte beziehen. Es wäre freilich nichts problematischer, als die Projektförderung etwa generell von einer Zusammenarbeit zwischen Historikern beider ehemaliger Teilstaaten abhängig zu machen, so fruchtbar dies in einzelnen Fällen auch sein mag.

Unter der Perspektive des nun erforderlichen Lernprozesses der DDR-Historiker, ihrer Gewöhnung an den Methoden-Pluralismus und die Standards der westlichen Zeitgeschichtsforschung ist die Intensivierung des Wissenschaftlernaustausches als besonders hilfreich anzusehen. Forschern aus der ehemaligen DDR sollte durch die Etablierung eines entsprechenden Austauschprogramms Gelegenheit gegeben wer-

den, den Wissenschaftsbetrieb an westdeutschen, westeuropäischen und amerikanischen Forschungseinrichtungen und Universitäten kennenzulernen, und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik sollten vermehrt Gastdozenturen an Universitäten der ehemaligen DDR übernehmen können. Beim Wissenschaftlertausch ist insbesondere darauf zu achten, daß vor allem auch jüngere Historiker und Nachwuchswissenschaftler aus der ehemaligen DDR in den Genuß der Förderung kommen.

Angesichts der neuen Herausforderungen an die zeitgeschichtliche Forschung und in Anbetracht der skizzierten Probleme ist verstärktes Engagement sowohl der Wissenschaftler unserer Disziplin als auch der forschungsfördernden Stiftungen sowie des Bundes, der Länder und der Universitäten dringend geboten. Unerlässlich für intensivere Forschungen sind

- das Sichern der gefährdeten Archivbestände in der DDR
- das Erweitern der Forschungskapazitäten in der Bundesrepublik durch den Ausbau bestehender Einrichtungen und die Förderung neuer Projekte
- finanzielle Hilfen bei der materiellen Ausstattung von Archiven, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen in der DDR
- ein intensiver Wissenschaftlertausch sowie Qualifizierungsprogramme für jüngere Historiker aus der DDR.

Institut für Zeitgeschichte: *Prof. Dr. Ludolf Herbst*

Bundesarchiv: *Prof. Dr. Friedrich P. Kablenberg*

Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR
am Institut für Sozialwissenschaften
der Universität Mannheim: *Prof. Dr. Hermann Weber*

Notizen

FRANCIS R. NICOSIA

WISSENSCHAFTLER UND VERLEGER EINE NEUE WENDUNG IN EINER ALTEN GESCHICHTE?¹

Die Erfahrung, die ich kürzlich mit meinem Verleger gemacht habe, ist zwar in mancher Hinsicht einzigartig, unterscheidet sich aber insgesamt nicht sehr von den Erfahrungen anderer amerikanischer Wissenschaftler, mit denen ich mich ausgetauscht habe. Auch für deutsche Gelehrte dürfte die Geschichte von Interesse sein; vielleicht geht sie die Sache ebenfalls an.

Mein erstes Buch ‚The Third Reich and the Palestine Question‘ wurde von der University of Texas Press im Frühjahr 1986 veröffentlicht. Mit meiner Zustimmung traf Texas Press eine Vereinbarung mit einem britischen Verlag, J. B. Tauris Ltd. in London, und druckte für Tauris eine britische Ausgabe, die in England gleichzeitig mit der amerikanischen Ausgabe erschien.

Ein Teil des Buches behandelt das sehr heikle Problem der Rolle des Zionismus in der nationalsozialistischen Judenpolitik während der dreißiger Jahre, vor dem Versuch zur Ausrottung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg². Es zeigt, wie der NS-Staat zwischen 1933 und 1939 die zionistische Ideologie und die deutsche zionistische Bewegung benutzte, um die Dissimilation der deutschen Juden und ihre Austreibung aus Deutschland zu fördern. Der Ausbeutungs- und Zwangscharakter der nationalsozialistischen Politik gegenüber dem Zionismus und der zionistischen Bewegung in Deutschland ist eine der Hauptfragen des Buches; die beiden anderen sind die Einstellung der Nationalsozialisten zum arabischen Nationalismus und die Rolle Großbritanniens in Hitlers Außenpolitik. Alle drei, Zionismus, arabischer Nationalismus und britischer Imperialismus, also die Komponenten des Dreiecks, das damals die „palästinensische Frage“ darstellte, werden als Elemente der Innen- und Außenpolitik des Dritten Reiches vor dem Zweiten Weltkrieg aufgefaßt.

Am 20. Dezember 1988 rief mich ein Kollege an, um mich auf den Katalog des deutschen Druffel-Verlags aufmerksam zu machen, der ihm zufällig vor Augen gekommen war. Der Katalog kündigte für den Herbst 1988 die Veröffentlichung einer deutschen

¹ Die folgenden Bemerkungen sind die revidierte und erheblich gekürzte Fassung eines Artikels, der im März 1990 in „Perspectives“ (vol. 28, No. 3) erschien, einem Organ, das von der American Historical Association herausgegeben wird.

² Die Grundlinien, ergänzt durch weitere Studien zur zionistischen Seite dieses Verhältnisses, finden sich in meinem Aufsatz „Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1939“, in: VfZ 37 (1989), S. 367–400.

Ausgabe meines Buches unter dem Titel „Hitler und der Zionismus“ an. Ich erfuhr also von dieser deutschen Ausgabe erst zu einer Zeit, als sie bereits publiziert wurde.

Abgesehen davon, daß ich über etwas so Wichtiges wie eine fremdsprachige Ausgabe meines Buches völlig im Dunkeln gehalten worden war, hat es mich schockiert, daß meine Verleger eine Übereinkunft mit dem Druffel-Verlag getroffen hatten. Der Druffel-Verlag befindet sich in Leoni am Starnberger See. Das Bundesinnenministerium in Bonn hat in seinen „Verfassungsschutzberichten“ – wie auch die bayerische Staatsregierung – den Druffel-Verlag als einen „rechtsextremistischen Verlag“ eingestuft, d. h. als einen Verlag, der Bücher herausbringt, die unter anderem dazu bestimmt sind, die Verbrechen des Dritten Reiches zu bagatellisieren oder weißzuwaschen. Überdies wird der Geschäftsführer des Verlags, Dr. Gerd Sudholt, in diesen Berichten des Innenministeriums als Herausgeber der „Deutschen Monatshefte“ erwähnt, einer Zeitschrift, die, den Berichten zufolge, Deutschlands demokratische Parteien und Politiker geschmäht, die Bewahrung der rassischen Reinheit gefordert und zum kommenden „Vierten Reich“ folgendes gesagt hat: „Im künftigen Deutschland ist für Antifaschisten kein Platz. Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten.“ Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß ich mir für die Veröffentlichung meiner Arbeit nicht den Druffel-Verlag ausgesucht hätte.

Am 21. Dezember 1988 rief ich Texas Press an, um sowohl eine umgehende Erklärung wie einen Schritt zum Stop der Druffel-Ausgabe zu verlangen. Ich wies Texas Press auf den Ruf des Druffel-Verlags hin und darauf, daß also jede Verbindung mit dem Druffel-Verlag wahrscheinlich meinem professionellen Ruf ebenso schaden werde wie dem Ansehen der University of Texas. Ich unterrichtete Texas Press über die Verfälschungen und die billige Sensationsmache, mit denen im Druffel-Katalog der Inhalt meines Buches präsentiert würde. Da sich das Buch mit den überaus heiklen Fragen der Beziehungen zwischen Nationalsozialisten und Zionisten wie der deutschen Politik im Mittleren Osten beschäftigte, müsse die Möglichkeit einer entstellten Übersetzung durch einen Verlag wie Druffel ernst genommen werden.

Nach anfänglichem Leugnen, irgendetwas von der Sache zu wissen, informierte mich Texas Press darüber, daß Tauris, der britische Verlag, Anfang 1988, fast ein Jahr, ehe ich davon Kenntnis erhielt, eine Vereinbarung mit Druffel ausgehandelt und daß Texas Press das Geschäft von Anfang an gebilligt habe. Am 24. Februar 1988 erklärte sich Texas Press in einem Brief an Tauris mit den finanziellen und sonstigen Bedingungen, auf die sich Tauris und Druffel geeinigt hatten, einverstanden und verlangte lediglich, daß Texas Press, als Inhaber der Urheberrechte, für die Ausfertigung und Unterzeichnung des Vertrags mit Druffel allein verantwortlich sein müsse. Zu diesem frühen Zeitpunkt hielten es weder Texas Press noch Tauris für notwendig, mich über ihre Pläne mit meinem Buch zu unterrichten.

Texas Press zufolge entschloß sich dann Tauris zu selbständigem Vorgehen und teilte dem amerikanischen Verlag am 26. April 1988 mit, einen Vertrag mit Druffel ausgefertigt und unterzeichnet zu haben. Zu jenem Zeitpunkt, volle acht Monate bevor ich etwas davon wußte und das Buch in Deutschland publiziert wurde, erhielt Texas Press von Tauris eine Kopie des Tauris-Druffel-Kontrakts. Meines Wissens hat Texas Press, nachdem man dort Kenntnis davon bekommen hatte, daß Tauris und Druffel im Begriff waren, das Urheberrecht des amerikanischen Verlags formal zu verletzen, keine Schritte unternommen, die deutsche Ausgabe zu stoppen, solange es noch möglich war, die

Publikation tatsächlich zu verbinden, d. h. solange das Buch noch nicht hergestellt war. Wiederum wurde mir nichts über die Sache gesagt. Kurz danach, im Frühsommer 1988, sprach ich am Telefon mit Texas Press über die Möglichkeit einer deutschsprachigen Ausgabe meines Buches. Noch immer wußte ich nichts von dem Druffel-Projekt, und Texas Press hat es während des Telefongesprächs nicht erwähnt.

Etwa sieben Monate später, am 20. Dezember 1988, erhielt ich dann den Anruf meines Kollegen – mir unvergeßlich geblieben – über die Ankündigung der deutschen Ausgabe meines Buches im Druffel-Katalog.

Am 25. Januar 1989, einen Monat nachdem ich von der Angelegenheit erfahren und Texas Press informiert hatte, wies Texas Press den Druffel-Verlag warnend darauf hin, daß die deutsche Ausgabe nicht autorisiert sei und daß jeder Verkauf und jede Werbung aufzuhören habe. Zu meiner Verblüffung bot Texas Press aber auch an, einen Vertrag mit Druffel zu unterzeichnen und damit die Publikation der deutschen Ausgabe des Buches zu legalisieren, sofern ich mit der Übersetzung einverstanden sei – und das trotz meiner wiederholten Warnungen seit dem 21. Dezember 1988 vor der Tendenz und dem Ruf des Druffel-Verlags. Ich habe die Übersetzung nicht gebilligt.

Texas Press eröffnete dann eine längere Periode des Schweigens – sie hielt das Frühjahr und den Sommer 1989 über an – in der sich der amerikanische Verlag weigerte, auf meine Erkundigungen nach seinen Absichten zu reagieren. Ich befürchtete, daß Texas Press einen Vertrag mit dem Druffel-Verlag abschließen werde. Daher wandte ich mich an Kollegen und Standesorganisationen in Nordamerika, Europa und Israel, die mit meinem Forschungsfeld zu tun haben, mit der Bitte, in meiner Sache an Texas Press zu schreiben. Die vielen deutlichen Briefe, die Kollegen und Standesorganisationen im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1989 an Texas Press richteten, bestätigten, was ich Texas Press die ganze Zeit über den Druffel-Verlag gesagt hatte, protestierten gegen die Art und Weise, in der Texas Press einen ihrer Autoren behandelte, und drängten auf Schritte, die Druffel-Ausgabe vom deutschen Markt entfernen zu lassen.

Im Sommer 1989, nach etlichen erbitternden Monaten erfolgloser Versuche, die Absichten der Texas Press zu erfahren, unterrichtete ich „The Chronicle of Higher Education“ und die „Anti-Defamation League“ (ADL) von „B'nai B'rith“ über das Problem; auch reichte ich eine formelle Beschwerde über die Texas Press bei der „Professional Division“ der „American Historical Society“ ein. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt allen Anlaß zu befürchten, daß bei Texas Press die Entscheidung dafür gefallen war, weiterzumachen, einen Vertrag mit dem Druffel-Verlag zu unterschreiben und damit die Druffel-Ausgabe meines Buches zu legalisieren. „The Chronicle“ entschloß sich zu einem Bericht über den Fall und begann im Juli und August mit den Ermittlungen bei Texas Press. Auch die ADL befaßte sich mit der Sache, und zur gleichen Zeit nahm die „American Historical Association“ ihre Nachforschungen auf.

Die negative Publizität zwang Texas Press, am 16. August 1989 ihr Schweigen zu brechen, und zwar mit einem Memorandum des Vertriebsleiters an alle, die in meiner Sache an den Verlag geschrieben hatten. In dem Memorandum wurde erklärt, daß Texas Press einen Kontrakt mit dem Druffel-Verlag zur Legalisierung der Druffel-Ausgabe nicht unterzeichnet habe und auch nicht unterzeichnen werde. Das Memorandum schien im übrigen zu implizieren, daß die Affäre zum großen Teil meine Schuld sei, weil von mir nie eine Liste abzulehnender deutscher Verlage vorgelegt worden sei, weil ich nie die deutsche Übersetzung (von deren Existenz ich, nochmals sei es gesagt, bis zur Veröffent-

lichung der Druffel-Ausgabe keine Ahnung gehabt hatte) zu sehen gewünscht hätte und weil ich so erpicht auf eine deutsche Ausgabe meines Buches gewesen sei.

Am 31. August 1989, nachdem ich das Memorandum vom 16. August gesehen hatte, schrieb ich an Texas Press, um kundzutun, welche Erleichterung und Befriedigung mich nach der endlich gekommenen Nachricht erfüllten, daß der amerikanische Verlag keinen Vertrag mit dem Druffel-Verlag unterzeichneten werde. Ich stellte ferner die irreführenden Aussagen in dem Memorandum richtig und forderte Texas Press mit folgenden Worten auf, das Urheberrecht an meinem Buch zu schützen:

„Die University of Texas Press hat das Urheberrecht an meinem Buch und ist für dessen Schutz verantwortlich. Sie hat von Anfang an erklärt, daß die Druffel-Ausgabe nicht autorisiert und Druffels Vertrag mit Tauris rechtlich ungültig sei. Daher muß ein Weg gefunden werden, das Druffel-Buch vom Markt in Deutschland zu nehmen. Der Druffel-Verlag muß ferner zu der Erkenntnis gebracht werden, daß er die deutschsprachigen Rechte an meinem Buch auch für die Zukunft nicht besitzt. Als ich die Rechte an meinem Buch am 13. November 1984 der University of Texas Press übereignete, hatte ich die feste Erwartung, daß sie meine Arbeit und meinen Namen schützen werde. Wenn Urheberrechte für mich und für andere Wissenschaftler in Zukunft irgendeine Bedeutung haben sollen, muß ich an dieser Erwartung festhalten, auch wenn sie nicht immer realistisch ist.“

Im Oktober 1989 gab die „Professional Division“ der „American Historical Association“ eine öffentliche Erklärung ab, in der die Handhabung des Falles durch die University of Texas Press kritisiert wurde. Im Dezember 1989 verabschiedete die „Conference Group for Central European History“ in der „American Historical Association“ eine Resolution, in der die University of Texas Press wegen ihrer Handhabung des Falles öffentlich verurteilt wurde.

Texas Press und Tauris weigern sich indes, Schritte zur Entfernung der Druffel-Ausgabe meines Buches vom deutschen Markt zu unternehmen. Statt dessen sind sie übereingekommen, daß ich ihren Gewinn von der Druffel-Ausgabe erhalten solle. Ich habe beide Verlage davon unterrichtet, daß ich dieses Geld nicht behalten werde. Ich habe die Absicht, jenen ganzen Gewinn öffentlich den Holocaust-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland zu stiften.

Ich hoffe, mich von jeder Verantwortung für die Druffel-Ausgabe meines Buches überzeugend distanziert zu haben. Ich bedaure es, daß die Druffel-Ausgabe auf Grund des unverantwortlichen und unprofessionellen Verhaltens meiner amerikanischen und englischen Verleger weiterhin auf dem deutschen Markt ist. Die Druffel-Ausgabe bleibt eine Peinlichkeit für mich, auch wenn sie das für die University of Texas Press und für Tauris LTd. nicht ist.

DEUTSCHE GESCHICHTE
AM ST. ANTONY'S COLLEGE

Seit 1965 besteht am St. Antony's College der Universität Oxford, einem führenden internationalen Zentrum für Forschungen und Lehre auf den Gebieten der neueren Geschichte, der Politik und der internationalen Beziehungen, eine Gastprofessur für deutsche Historiker und Politikwissenschaftler.

Das Programm wurde bis 1976 von der Stiftung Volkswagenwerk, von 1976–1981 von der Leverhulme-Stiftung in Großbritannien und von 1982–1990 vom Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung finanziert. Die Gastprofessur konnte jetzt durch eine Bewilligung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, die durch eine großzügige Spende der Firma C&A Brenninkmeyer in Deutschland ermöglicht wurde, bis Sommer 1995 verlängert werden.

In der Forschung hervorragend ausgewiesene Historiker und Politikwissenschaftler können sich um die Professur für die akademischen Jahre 1991 bis 1995, in Ausnahmefällen auch nur für ein Semester, bewerben. Diese Bewerbung bzw. die Bitte um nähere Auskünfte sind an eine der folgenden Adressen zu richten:

Anthony J. Nicholls, St. Antony's College Oxford, Oxford OX2 6JF

Prof. Gerhard A. Ritter, Institut für Neuere Geschichte, Universität München, Trautenwolfstr. 3/I, 8000 München 40

Prof. Hans-Peter Schwarz, Seminar für Politische Wissenschaft, Universität Bonn, Am Hofgarten 15, 5300 Bonn 1

Abstracts

Joachim Fest, Hitler's War

For Hitler no difference ever existed between policy and war. It is significant that the word 'peace' does not appear in any of his plans for the future. As early as the 1920s, he developed a concept of foreign policy which he tried to carry out step by step after he became Chancellor. England played a major role in this concept. When, due to the resistance in London, his plans failed, he turned towards the Soviet Union and concluded the pact with Stalin. It is one thesis of this article that September 1939 brought for Hitler the liberation of his inner self. The view that the excesses of the regime were a result of improvisation and *Kompetenzchaos* is rejected. The decision to step beyond the conventional barriers was solely Hitler's own. In fact, with the war he returned to where he had started out: November 1923, the unforgotten defeat in Munich, had shown him the meaning and potential of cunning tactics. The former putschist became a shrewd politician. Now, more than fifteen years later, he remembered the freedom of those years, unbound by any rules of fair play. The programme which he defended obstinately from the beginning, was based on expansion and destruction. After the failure of the *Lebensraum*-project in winter 1941, Hitler concentrated on his plan for total annihilation which he put into action first against the Jews, finally against his own people.

Thomas Alan Schwartz, The Reprieve of German War Criminals. John J. McCloy and the Prisoners of Landsberg

On January 31, 1951, the United States High Commissioner for Germany, John J. McCloy, announced his final decisions regarding executive clemency for 89 war criminals. He affirmed five death sentences and reduced the sentences of 79 which allowed the immediate release of 32 of the Landsberg inmates. This signaled the end of the 'punishment' phase of Allied policy, and was proclaimed as a gesture of reconciliation. However, for many critics it was a repudiation of the Nuremberg trials, and a product of cynical political expediency in the wake of German rearmament proposed by the United States at the same time. This essay gives a new evaluation of the background of McCloy's action and of the German lobbying for a review of the trials. While McCloy attempted to craft a compromise within the new political community created by the emerging Western alliance he surely contributed to the slowness in unraveling of the American war crimes program and helped to encourage the amnesia surrounding Nazi crimes during the 1950s.

Christoph Buchheim, Economic Background of the Uprising of June 17, 1953, in East Germany

The main thesis of the article is that the so-called 'Eastern Bloc system' played an important role in triggering the revolt by severely restricting the room for manoeuvre for the East German government. This system consisted of three elements: the ideolo-

gy of Marxism-Leninism which provided a convenient justification for harsh measures that even intensified the crisis; the centrally planned economy with its inherent inefficiencies; the Soviet hegemony leading to high transfers of economic resources from the GDR to the Soviet Union and demanding that the East German Government closely follow the Soviet political line, including the costly rearmament drive and the abrupt turn towards the 'New Course' in the middle of 1953. The interplay of these factors generally resulted in a low living standard of the East German population. In 1953 the economic crisis was heightened to the point where reduction of wages and consumption was considered the only way out by the government. The adoption of measures to this end, however, directly led to the revolt.

Paul Hoser, Oswald Spengler's Secret Plans Concerning the Press

In 1922 Oswald Spengler developed a plan for a secret head office to manipulate the press. He counted on the help of industrialists and managers such as Stinnes, Hugenberg and Reusch, all of whom also exerted control over newspaper concerns. Members of this office were to be Spengler himself, and professors Cossmann and Spahn, all with numerous contacts to various newspapers, heavy industry and conservative right-wing political organizations. Spengler, however, did not succeed in providing sufficient financial means for the realization of his plan. His effort to overthrow the Stresemann government by means of a campaign he initiated in Munich newspapers in October 1923 failed as well. Spengler was not the only German conservative who hoped to become a dictator by secretly controlling the press, but all these plans came to nothing.

John Gimbel, German Scientists in British Custody. A Report on the Wimbledon Detention Camp in 1946

Much has been published about 'Project Paperclip', the American program to bring German scientists and technicians to the United States after the Second World War. The British had a similar program which, in some respects, influenced the American program. The British were the first to take German scientists out of Germany for interrogation and exploitation at home. They demurred early on, when the Americans revealed plans to return the people whom they had interrogated and exploited in the United States for military purposes. They were the first to decide that they would evacuate German specialists for civil purposes, and that decision influenced the Americans to transform their military exploitation program ('Project Overcast') into a broader program known as 'Project Paperclip'. Dr. Ernst Baerwind, a Degussa official, whom the British evacuated in 1946, left a personal report of his experiences and observations in Britain for his firm. It is published here for its description of the British program and as an incentive to researchers who might be interested in pursuing the matter further.